

VORTRAG

Zwang zum Fröhlichsein



VADUZ - MIT dem Vortrag von Abt Martin Werlen vom Kloster Einsiedeln ermöglichte der Frauentreff Vaduz den vielen Besuchern, unter ihnen i.D. Fürstin Marie, einen frohgemuten, tiefgläubigen Menschen kennen zu lernen. Er sprach zum Thema: «Hat Depression im Leben eines Christen keinen Platz?»

• Theres Matt

«Erlöster müssten sie mir aussehen!», so Nietzsche. Diesem Zwang zum Fröhlichsein begegnen wir in unserer Gesellschaft immer wieder, betonte Abt Werlen. Niemand dürfe merken, dass in unserer Familie etwas nicht stimme, dass es mir zur Zeit nicht so gut gehe. «Gesundheit» heisse eine neue Religion, ausdrückend: «Hauptsache, man ist gesund». – «Ist das so?» hinterfragte er. Fehlt Menschen die eine Behinderung haben, unter Depressionen leiden, nicht gesund sind, dem Tod nahekommen, die Hauptsache? Mit der Religion «Gesundheit» werde grosser Druck ausgeübt, nicht zuletzt auf Depressive.

Licht und Schatten

«Unter Depressionen Leidende erfahren einen mächtigen Schatten», betonte der Abt. Aber Schatten könne nur dort sein, wo auch Licht ist. «Depressive haben den Sinn für zentrale Werte, kehren diese aber gegen sich selbst», sagte er. Sie haben ein ausgeprägtes Gewissen, das zerfleischende Selbstanklage betreibt; ein ausgesprochenes Pflichtbewusstsein, das vor den anstehenden Aufgaben kapitulieren lässt; ein Schuldbewusstsein, das das eigene Versagen als lähmend erfahren lässt; ein Verantwortungsbewusstsein, das erschauern lässt und zum Verlorenheitswahn führen kann. Der Depressive erfahre, dass Menschen das Entscheidende des Lebens nicht machen, es sich nur schenken lassen können – schwer erfassbar für unsere «Macher-Gesellschaft!» Es beinhalte: «Wir müssen nicht alles Mögliche und Unmögliche gemacht haben oder machen, um ein christliches Leben zu führen». Beten heisse ja im Tiefsten nicht irgend etwas machen, sondern dasein vor Gott mit seinen Freuden, wie mit seinen Depressionen.

Sich in Gottes Arme werfen

Je schwerer die Depression, desto schwieriger das Beten – umso wichtiger die Vertrauen und Hingabe lebende Umgebung, die nicht versucht, einen depressiven Menschen unter Druck zu setzen: «Du musst nur wollen!» – «Reiss dich doch ein wenig zusammen!» Viele grosse Menschen, wie etwa Sören Kierkegaard, Romano Guardini hätten unter Depressionen gelitten, betonte der Referent und ging auf eine grosse Persönlichkeit unserer Zeit ein: Dietrich Bonhoeffer, der mit seiner Erfahrung der Ohnmacht und der Depression 1944 aus dem Gefängnis schrieb: «Wer ich auch bin, Du kennst mich, Dein bin ich, o Gott!»

«Wir müssen wieder lernen, den

Regierungschef Otmar Hasler über die Finanzpolitik und das Budget 2004

VADUZ - Stagnierende oder rückläufige Entwicklung bei den Einnahmen, unverändert grosse Erwartungshaltung bei den Ausgaben - die Vorzeichen für die Erstellung des Budgets 2004 waren ungünstig. Regierungschef Otmar Hasler nimmt Stellung zu den Eckwerten des staatlichen Voranschlags für 2004.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Regierungschef, wie schätzen Sie die Lage der Staatsfinanzen ein, nachdem Sie das Budget 2004 vorgelegt haben?

Otmar Hasler: Das vorgelegte Budget muss, im wirtschaftlichen Umfeld, in dem sich Liechtenstein aber auch die anderen Staaten befinden, betrachtet werden. Gerade die liechtensteinische Wirtschaft ist extrem abhängig von der Nachfrage aus dem Ausland. Wir sehen, dass die Staatseinnahmen auch in diesem Jahr stark rückläufig sind, und dass für nächstes Jahr von einer leichten Erholung auszugehen ist.

Nun, zur Lage der Staatsfinanzen. Liechtenstein ist in der glücklichen Lage, beträchtliche Reserven zu haben und hat deshalb die Möglichkeit, das überdurchschnittliche Ausgabenwachstum der letzten 10 Jahre zu korrigieren, ohne dabei Sozialabbau betreiben zu müssen.

Es ist der Regierung mit dem Budget 2004 gelungen, das Ausga-

AUSGABENWACHSTUM GESTOPPT

benwachstum zu stoppen. Das ist für eine langfristige Gesunderhaltung der Staatsfinanzen entscheidend. Das Budget rechnet in der Gesamtrechnung mit einem Ausgabenüberschuss von rund 55 Mio. Franken.

Das Zurückgreifen auf Reserven in Zeiten des starken Rückgangs der Einnahmen ist durchaus zu verantworten, wenn gleichzeitig die Weichen richtig gestellt werden. Das hat die Regierung getan. Es ist auch ein klares Signal an die Wirtschaft, dass die Regierung die Korrektur des Staatshaushaltes auf der Ausgabe Seite vornimmt und nicht durch Steuererhöhungen oder durch unangemessene Kürzungen bei den Investitionen in einer ungünstigen Konjunkturphase.

Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben sind laut Budget 2004 stark rückläufig. Trotz Stabilisierung der Ausgaben wird es zu einem Abbau der Reserven kommen: Muss das nicht mit allen Mitteln verhindert werden?

Um einen genauen Überblick über die Finanzsituation zu bekommen, muss man beim vorgelegten Budget für das Jahr 2004 differen-

ANSEHNLICHER CASH FLOW

zieren. Die Einnahmen gehen um 51 Mio Fr. zurück, das stimmt. In der laufenden Haushaltsrechnung erwirtschaften wir dennoch einen ansehnlichen Cash Flow, der allerdings im Vergleich zum Vorjahresbudget deutlich abgenommen hat. Das heisst, dass wir immer noch mehr Geld einnehmen als wir für die laufenden Ausgaben benötigen. Wenn wir die hohen Abschrei-



«Das heisst, dass wir immer noch mehr Geld einnehmen als wir für die laufenden Ausgaben benötigen»: Regierungschef Otmar Hasler zur laufenden Haushaltsrechnung.

bungen dazu rechnen, dann resultiert ein Überschuss auf der Aufwandsseite. Die Gesamtrechnung, wenn wir den laufenden Haushalt und die Investitionen zusammen rechnen, schliesst mit einem Defizit ab, das aus den Reserven gedeckt werden muss. Dabei ist zu sagen, dass Investitionen eine andere Betrachtungsweise verlangen als die Konsumausgaben: Die Ausgaben in der laufenden Haushaltsrechnung sind Ausgaben, die für die Personalkosten, Sachaufwendungen und Beitragsleistungen jedes Jahr ausgegeben werden, während es sich bei den Investitionen um langfristige Projekte handelt.

Wenn nun aber die gesamten Aufwendungen höher sind als die Einnahmen, dann müssen die Reserven zur Finanzierung herangezogen werden, das ist richtig. Wir haben in den Zeiten des starken Einnahmewachstums (z. B. Einführung der Mehrwertsteuer, Ver-

STARKER RÜCKGANG DER EINNAHMEN

kauf von Landesbankaktien) Reserven geschaffen, damit wir wirtschaftlich schwierige Zeiten ohne Verschuldung überstehen können.

Die Einnahmen sind stärker zurückgegangen als die Ausgaben. Hätten Sie als Finanzminister nicht darauf achten müssen, dass die Ausgaben-Seite der Entwicklung auf der Einnahmen-Seite angepasst wird?

Grundsätzlich müssen wir mittel- und langfristig die Einnahmen und Ausgaben in einem Gleichgewicht halten. Besser noch, wenn die Einnahmen höher liegen als die Ausgaben, dann können Reserven angehäuft werden. Kurzfristig aber kann es durchaus möglich sein, dass die Einnahmen stärker abnehmen als die Ausgaben. Vor dieser Situation stehen wir beim Budget für das kommende Jahr.

Die Regierung hat einen Staatshaushalt angetreten, der durch immens ausgeprägte Ausgabensteigerungen geprägt war. Das heisst, es wurden Leistungen eingeführt bzw. ausge-

baut, die das Ausgabenwachstum geradezu zwingend weiterschrieben. Hier steht die Korrektur der Regierung an. Es werden weitere Reformen notwendig sein. Doch wäre es unvernünftig und staatspolitisch auch falsch, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Menschen von einem Jahr auf das andere auf Kosten des Staatshaushaltes mehr zu belasten. Reformen müssen gut durchdacht sein.

Wenn die Einnahmen an Steuern und Abgaben aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage ausbleiben, dann spürt das der Staatshaushalt von einem Jahr auf das andere. Bei den Ausgaben dauert es länger, bis eine Reduktion herbeigeführt werden kann.

Die Reserven aber sind dafür angehäuft worden, damit man solche kurzfristigen Engpässe ausgleichen kann. Aber kein Finanzminister greift gerne die Reserven an, sondern achtet darauf, ein möglichst grosses Polster zu haben. Die Regierung hat das Budget 2004 nicht einfach aus kurzfristigen Überlegungen zusammengestellt, sondern ist nach den spezifischen Grundsätzen ihrer Finanzpolitik vorgegangen.

Um welche Grundsätze handelt es sich hier?

Zuerst einmal gilt der Grundsatz, dass nicht nur auf einer Seite etwas unternommen wird, sondern, dass alle Bereiche auf Effizienz und Kostenverträglichkeit überprüft werden. Gerade in solch schwierigen Wirtschaftszeiten muss zudem vermehrt darauf geachtet werden, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben besinnt. Das heisst, Aufgaben, die nicht in den eigentlichen Staatsbereich der Grundversorgung gehören, müssen an andere, beispielsweise die Wirtschaft, übertragen werden.

Ein anderer Grundsatz betrifft das Ausgabenwachstum: Die Regierung hat sich vorgenommen, nach den hohen, überdurchschnittlichen Steigerungsraten in den letzten zehn Jahren das Ausgabenwachstum einzuschränken, auf etwa 2 bis 2,5 Prozent pro Jahr. Das wird nicht ohne Einschränkungen gehen, ist aber notwendig. Wir

müssen wieder lernen, den Gürtel etwas enger zu schnallen.

Wird nur die Ausgabe-Seite berücksichtigt? Wie steht es mit den Einnahmen?

Auch die Einnahmeseite des Budgets wird natürlich berücksichtigt. Die finanzpolitischen Grundsätze der Regierung betreffen sämtliche Bereiche, um sicherzustellen, dass keine falschen Weichenstellungen vorgenommen werden. So wie die Ausgabe-Seite genau analysiert wird, um nicht nur Zahlenkorrekturen vornehmen zu können, sondern um auch strukturelle Korrekturen einzuleiten, wird die Einnahmenseite auf strukturelle Mängel überprüft, unter besonderer Berücksichtigung des Verursacherprinzips. Die Korrekturen der Aufwandsseite werden laut den Grundsätzen sozialverträglich ausgestaltet, das heisst, Beschränkungen werden nur nach eingehender Überprüfung auf die Verkraftbar-

ÜBERPRÜFUNG DES STEUERRECHTES

keit nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen, damit keine unnötigen Härtefälle entstehen. Auf der anderen Seite brauchen wir neue Einnahmen, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und um notwendige Reformen vornehmen zu können.

Zu diesen Massnahmen gehört auch die grundlegende Überprüfung des Steuerrechtes, um die Belastung der Menschen auf die notwendigen Abgaben zu beschränken und möglichst optimale Voraussetzungen für die Wirtschaft zu schaffen. Es gehört aber auch die Frage der langfristigen Absicherung der Sozialwerke dazu.

Noch vor kurzer Zeit machte es den Anschein, als ob genügend Reserven vorhanden wären, um problemlos über die Runden zu kommen. Hat sich die Lage dramatisch verändert?

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich in den letzten Jahre sicher dramatisch verändert, wobei festzuhalten ist, dass sich die liechtensteinische Wirtschaft in diesem schwierigen Umfeld gut hält.

Ich denke auch, dass Korrekturen des Staatshaushaltes Not tun und es langfristig nicht von Schaden ist, wenn wir die grundsätzlichen Fragen bezüglich der staatlichen Aufgaben und Leistungen, der Organisation der Staatsverwaltung, der Aufgabentrennung von Staat und Gemeinden mit entsprechender finanzieller Ausstattung beider Ebenen und des Ausbaus des Sozialsystems stellen.

Dass diese Fragestellungen nun aufkommen, bedeutet für die Regierung eine erhebliche Herausforderung, der sie sich mit Entschlossenheit stellt.

Sprechen Sie jetzt die wahrscheinliche Kritik der Opposition an, die das Budget und die Finanzpolitik der Regierung zersäuen wird?

Zweifellos ist es eine der Aufgaben der Opposition, überall den Finger drauf zu legen, wo es Probleme geben könnte oder wo sich sogar Alternativen anbieten. Aber die Opposition muss sich auch an ihren Vorstellungen und Vorschlägen zur Finanzpolitik messen lassen. (Fortsetzung Seite 5)

VOLKSBLATT

Probleme mit der Frühzustellung?
Kontaktieren Sie bitte unsere

Hotline

Tel. +4181/255 55 10 (Bürozeiten)
Auch für Tagesanzeiger und NZZ